



Verbreitete Armutsgefährdung ist real

Nachricht von Sabine Zimmermann, 06. Dezember 2016

Anfang November 2016 gab das Statistische Bundesamt bekannt, dass 16,7 Prozent der deutschen Bevölkerung von monetärer Armut bedroht seien, weil sie an oder unterhalb der Armutsschwelle leben und nur bis zu 60 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung hätten. Dieser Schwellenwert lag in Deutschland 2015 für eine alleinlebende Person bei 1.033 Euro.

Detailliertere Zahlen des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat), die Sabine Zimmermann angefordert hat, weisen aus, über wie viel Nettoeinkommen die Personen durchschnittlich tatsächlich beziehen, die unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle leben.

Demnach lag das durchschnittliche Äquivalenzgesamtnettoeinkommen der Gruppe der Armutsgefährdeten im Jahr 2015 bei 719 Euro im Monat. Das mediane Äquivalenznettogesamteinkommen dieser Gruppe lag bei 806 Euro monatlich; die Hälfte der Armutsgefährdeten hatte also nur höchstens diese Summe zur Verfügung.

Dazu erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Sabine

Zimmermann:

„Alles Gerede, dass es in einem reichen Land per Definition keine Armut gebe, ist offensichtlich Unsinn. Schon mit 1.033 Euro im Monat, also 60 Prozent des mittleren Einkommens, ist das Leben ein ständiger Kampf mit den Rechnungen. Millionen Menschen haben aber noch deutlich weniger und werden nicht nur vom gesellschaftlichen Leben, sondern oft genug vom Lebensnotwendigen ausgeschlossen.“

Zimmermann weiter: „Millionen Menschen fallen in unserer Gesellschaft durchs soziale Netz und leben in bedrückender Armut. Der Sozialstaat muss wieder so ausgebaut werden, dass er Menschen wirklich vor Armut schützt. Heute bedeutet, krank oder pflegebedürftig zu werden, den Arbeitsplatz zu verlieren oder auch nur Kinder zu haben, in zu vielen Fällen ein reales Armutsrisiko. Viele Menschen scheuen sich, staatliche Hilfe zu beantragen, weil sie mit so vielen Schikanen und undurchschaubarer Bürokratie verbunden ist. Es ist ein Armutszeugnis für diese Bundesregierung, dass sie vor diesen Problemen seit Jahren die Augen verschließt.“